

Aktionstag 30.05.2020

UNFUG BLEIBT!

Linke Freiräume verteidigen!



Presseinformationen

Inhalt:

- Pressemitteilung zum Aktionstag
- Redebeitrag von Unfug 1
- Redebeitrag von der Solidaritätsgruppe „Nonsens – Kein Lüneburg ohne Unfug“
- Redebeitrag von Unfug 2
- Redebeitrag von Mehr Leben
- Solidarität für die Fährstrasse in Hamburg
- Redebeitrag von Unfug 3
- Hintergrundinformationen zu UNFUG
- Gesprochen haben darüber hinaus: DIE LINKE, GRÜNE, JUSOS

Weitere Infos unter:

www.unfug-lg.de
#unfugbleibt

Pressemitteilung vom 25.05.2020

Unfug Bleibt! – Kundgebung und Aktionstag für den Erhalt linker Wohn- und Freiräume

Das räumungsbedrohte Wohnprojekt Unfug „unabhängig gemeinsam und frei leben“ ruft am Samstag 30.05.2020 zu einem Aktionstag und einer Kundgebung am Marktplatz in Lüneburg auf. Mit baurechtlichen Vorwänden soll ein linker Wohn- und Freiraum beseitigt werden. Der Protest dagegen formiert sich.

Der Aktionstag am 30.05.2020 findet sowohl zentral in Lüneburg mit einer Kundgebung am Marktplatz um 17 Uhr als auch dezentral mit Online-Aktionen unter dem Hashtag #unfugbleibt statt.

Für Unfug-Mitbegründerin und Bewohnerin Jana Mederike Warnck steht die Verteidigung von Unfug in einem gesamtstädtischen Entwicklungskontext: „Die Stadt wird immer weiter ausverkauft, die Mieten sind seit Jahren unbezahlbar, daher werden Freiräume immer weiter eingeengt. Mit der Gründung von Unfug haben wir dem Trend etwas entgegengesetzt und bezahlbaren, inklusiven und gemeinschaftlichen Wohnraum geschaffen. Der Politik und vor allem dem Oberbürgermeister Mädge sind wir ein Dorn im Auge, weil wir ein linkes Projekt voller Menschen sind, die sich aktiv und offensiv in das Stadtgeschehen einmischen. Ob Antifa-, Umwelt- oder Recht auf Stadt-Demo, Unfug ist dabei! Das schmeckt dem OB Mädge nicht! Daher kommen diese absurden Angriffe auf Unfug.“

Sven Schupp verdeutlicht, dass es sich hier um einen politischen und keinen baurechtlichen Konflikt handelt: „Wir haben über ein Jahr lang Gespräche mit der Politik gesucht, um Kompromisse zu finden. CDU, FDP und SPD machten deutlich, dass sie uns nicht haben wollen, weil wir unbequem sind. So lassen wir uns aber nicht abspeisen. Gemeinsam mit vielen anderen Akteur*innen werden wir unseren Protest auf die Straße tragen. Der Angriff auf Unfug ist ein Ausdruck des gesellschaftlichen Rechtsrucks. Es geht hier nicht allein um Unfug, sondern um die Frage, wie wir hier leben wollen. CDU, FDP und SPD stehen für ein autoritär regiertes Lüneburg, wir bilden gemeinsam mit anderen einen Gegenpol und stehen für ein offenes, aktives und solidarisches Lüneburg.“

Hintergründe / weitere Informationen

<https://unfug-lg.de/>

https://twitter.com/Unfug_Lg

<https://www.facebook.com/Unfug.eV/>

Redebeitrag Unfug 1

Liebe Freund*innen und Unterstützer*innen,

Unfug ist ein linkes Wohnprojekt, wir lehnen uns gegen den kapitalistischen Normalzustand auf, machen aus unseren Ansichten zu Herrschaft, Rassismus und Antisemitismus keinen Hehl und beteiligen uns an politischen Aktionen - das stört.

Wir sind den Mächtigen dieser Stadt - konkret dem Oberbürgermeister - ein Dorn im Auge, wir passen nicht in seine schöne ordentliche durchkapitalisierte Stadt aus schicken Vorgärten, Gartenzwergen und aufwändig renovierten Eigentumswohnungen für Neureiche und Investoren.

Unser Mitbewohner Christoph hat im Rat der Stadt mehrmals deutlich seine Meinung gesagt und aus Rache versucht der Bürgermeister nun uns Räumen zu lassen!

Aber nicht nur Christoph, unser ganzes Projekt ist ihm ein Stein des Anstoßes, deshalb nutzt er nun all seine Machtmittel skrupellos aus, um uns obdachlos und mundtot zu machen.

Wir haben 1,5 Jahre mit allen Parteien außer den extremen Rechten von der Afd, Vertreter*innen der Stadt und sogar Mäde selbst Gespräche geführt, um eine Einigung zu finden, aber alle Vorschläge und Argumente, die wir vorgebracht haben, wurden mit juristischen Taschenspielertricks und fadenscheinigen Gegenargumenten ad absurdum geführt!

Es ist eine bodenlose Frechheit, dass wir trotz allem Bemühen um eine konstruktive Einigung mit der Stadt nun die Räumungsverfügung erhalten haben! Uns wird vorgeworfen, dass wir uns nicht an geltendes Recht halten würden, die Wahrheit ist jedoch, dass wir Opfer von ruchlosem Machtmissbrauch eines Mächtigerndespoten werden und es hier längst nicht mehr um Baurecht geht!

Die Stadtverwaltung soll uns auf sein Geheiß hin mit Zwangsgeldern und Räumungsdrohungen zum Schweigen bringen, doch wir lassen uns das nicht gefallen.

Unfug ist ein hierarchiefreier Wohn- und Lebensraum, der es erlaubt gemeinschaftliche Lebensformen zu erproben und ist für die Menschen, die bei uns Wohnen, ein Ausdruck gelebter Solidarität. Gleichzeitig ist Unfug aber auch nach außen Teil eines politisch aktiven und lebendigen Lüneburgs, dass einen kreativen Gegenentwurf zu Mädges ökonomisierter Stadtplanung und dem marktzentrierten Denken und Handeln der Mächtigen dieser Stadt steht.

Die Kombination von Bauwagen und einem Haus ermöglicht die Verwirklichung verschiedenster Lebenskonzepte in einem Projekt (Familien, Menschen die von der Gesellschaft behindert werden, Menschen mit prekären Einkommen, Alleinstehende).

Das Bauamt soll uns auf Geheiß von Mäde die Bauwagen wegnehmen, da diese angeblich eine Brandschutzgefahr darstellen und keine Baugenehmigung haben. Das ist genauso absurd wie willkürlich. Mit dieser Begründung werden schon seit hunderten von Jahren Menschen, die im Wagen wohnen vertrieben und kriminalisiert. Das Aufgreifen dieser aus der Diktatur des Kaiserreichs stammenden antiziganistischen Argumentation zeigt, wie sehr Leben im Bauwagen den Stadtplaner*innen und Spießbürgern ein Dorn im Auge sind. Wir lassen uns diese Frechheit nicht gefallen. Unsere Bauwagen haben sichere Feuerstätten und sind keine festen Bauten. Wir kämpfen gemeinsam dafür, dass alle Menschen so wohnen und leben können, wie sie wollen.

Mäde erdreistet sich zu behaupten, er wolle Wohnprojekte erhalten und fördern, aber in der Realität setzt er alles daran Unfug zu zerschlagen.

Wir sagen Unfug bleibt so wie es ist!

Seit Mäde Oberbürgermeister dieser Stadt ist, und das ist er leider schon viel zu lange, 30 Jahre!, findet ein rücksichtsloser Ausverkauf Lüneburgs statt. Unter der SPD-Regierung gab es seit 2007 eine Mietsteigerung von über 50 %, die Privatisierung wird weiter vorangetrieben und anstelle sozialer Investitionen wird Geld in sinnlose Prestigeprojekte wie den Libeskindbau an der Uni oder die Arena gepumpt. Es ist eine Schande, dass eine Partei die Sozial in ihrem Namen trägt eine derartig asoziale Politik macht!

Wir lassen uns das nicht länger gefallen! Schluss mit der Stadt der Reichen! Unfug bleibt!

Wir erklären uns solidarisch mit allen Wagenplätzen, Wohnprojekten und linken Freiräumen, die von Räumung bedroht sind! Es geht hier nicht nur um Unfug, sondern um linke Freiräume generell. An uns soll ein Exempel statuiert werden!

An dieser Stelle möchten wir uns ausdrücklich bedanken für die Solidarität, die wir seit zwei Wochen erhalten. Zusendungen, Solidaritätserklärungen und Berichte über Aktionen haben uns aus ganz Europa erreicht. Vielen Dank dafür! Dies zeigt umso deutlicher die angedrohte Räumung macht nicht nur uns, sondern viele Menschen wütend und diese Wut wird ihren Weg auf die Straße finden, sollte die Stadt Lüneburg an einer Räumung festhalten!

Redebeitrag Soligruppe „Nonsens“

Wir sind die selbstorganisierte Soli-Gruppe Nonsens. Wir zeigen unsere Solidarität mit Unfug. Unfug ist nicht nur ein knappes Dutzend Menschen, die zusammenleben und einen einsamen Kampf gegen die Welt da draußen führen. Unfug hat Rückhalt von Freund*innen und Weggefährt*innen hier in Lüneburg und darüber hinaus. Wir haben uns hier versammelt als eine Gruppe dieser Menschen und rufen euch dazu auf, jetzt und in naher Zukunft Unfug zu unterstützen.

Vielleicht denkst du: „Es ist nicht schlimm, wenn das Projekt ohne Bauwägen auf ihrem Grundstück zurückbleibt. Ein Bauwagen ist ja gar kein richtiges Zuhause. Diese Menschen ziehen sowieso lieber umher und der Bauwagen ist nur eine provisorische Übergangslösung. Oder: Sie haben auch gar kein Problem damit, wie und wo sie mit ihren Bauwägen stehen und leben.“

Das ist aber falsch gedacht!

Unfug ist ein Hausprojekt, bestehend aus Menschen die sich bewusst als Gruppe schon lange vor dem Einzug kennengelernt und gefunden haben. Sie haben sich bewusst entschieden wie eine Familie zusammenzuleben, und das auf inklusive und kostengünstige Art und Weise, wie es in Lüneburg nur selten möglich ist. Bei Unfug gibt es „Opi“ und Babys und Onkels und Tanten. Es ist eine selbstgewählte große Familie. Unfug ist eine Gruppe von Menschen, die sich für eine bessere Welt engagieren – z. B. in der Klimagerechtigkeitsbewegung oder im antifaschistischen Bereich. Trotzdem wird der Wert dieses Zusammenlebens von der Stadt nicht gesehen. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, dass linkspolitisch Aktive eingeschüchert und mundtot gemacht werden sollen.

In der Schule haben wir bereits gelernt, dass eine Stadt mit gewählten Vertreter*innen eigentlich für das Wohl ihrer Bewohner*innen verantwortlich ist. Die Stadt Lüneburg aber fährt den Weg der härtesten Konfrontation. Nach bereits jahrelangem Heckmeck ist der Gipfel dieser Politik der Zermürbung der kürzlich ergangene Räumungsbescheid. Mit diesem soll eine aufschiebende Wirkung gegen die Räumung durch den Rechtsweg verunmöglicht werden. Die Geldstrafen, die verhängt werden, wenn die Menschen von Unfug ihr Zuhause nicht verlassen, sind absurd und völlig unbezahlbar. Die Begründung durch Brandgefahr

ausgehend durch Öfen in den Bauwägen ist vollkommen haltlos, da sie alle geprüft und abgenommen wurden.-

Unfug wird vorgeworfen, eine [ZITAT:] „unorganische Splittersiedlung“ zu sein. Das Wohnprojekt soll gezwungen werden, sich aufzulösen bzw. zurückzukehren zu einem größeren Bauwagenplatz in Lüneburg, auf dem ja genug Platz vorhanden sei. Dieses Vorgehen ist absolut menschenfeindlich: Es macht eine Vielfalt von Bauwagenplätzen unmöglich, und widerspricht damit dem grundlegenden Anspruch von Pluralität. Die Bewohner*innen werden wie Stückgut behandelt, das umgelagert werden kann. Zum Vergleich: Niemand würde doch verstehen, warum eine Kleinfamilie von der Stadt auseinandergerissen werden darf, nur weil der Anbau nicht vom Bauamt genehmigt wurde. Im Übrigen können wir darin ein Muster unseres ach-so-liberalen Deutschland erkennen, wie auch Geflüchtete in Ghettos gezwungen und ganze Dörfer für etwas Kohle abgebaggert werden. Durch die Situation wird deutlich: Lüneburg befindet sich in akuter Gefahr, durch eine von Interessenspolitik getriebene technische Rationalisierung regiert zu werden, welche über ein völlig falsches Verständnis von organischem Zusammenhalt verfügt.

An der Förderung anderer Wohnprojekte sehen wir, dass es hier nicht allein darum geht, alternative Wohnkonzepte zu verhindern. Denn die Stadt kann sich ja durchaus mit ihnen schmücken, um sich ein nachhaltiges, grünes Bild zu verleihen. Vielmehr beobachten wir einen persönlichen Feldzug des Oberbürgermeisters Mädge gegen Menschen, die in ihrer politischen Arbeit und ihrem alltäglichen Leben Machtstrukturen hinterfragen. Wie jeden Tag dürfen wir uns die Frage stellen, wem die Aufrechterhaltung der Herrschaft nützt.-

Die Stadt Lüneburg mit dem Obersten Mädge kramte tief in den Schubladen repressiver Bürokratie, um Wege zu finden diesen „unliebsamen Haufen“ endlich loszuwerden. Dies zeigt wie die Stadt und insbesondere OB Mädge meinen, mit Lüneburger*innen umgehen zu können.

Der Oberbürgermeister Mädge lebt selbst auch in Kaltenmoor. Nachbarschaftshilfe in Zeiten von Corona sollte selbstverständlich sein! Herr Mädge! Setzen Sie Ihre Nachbar*innen nicht vor die Tür!

Wir freuen uns, dass ihr hier heute so zahlreich erschienen seid. Aber es ist nicht damit getan, nur einmal auf eine Kundgebung zu gehen. Sondern es braucht mehr. Unfug selbst hat sehr viel bürokratischen Bockmist an den Hacken und braucht daher moralische wie auch finanzielle Unterstützung von Euch allen. Wir haben noch einen Monat Zeit zu kämpfen.

Also:

Lasst uns dafür sorgen, dass Unfug bleibt!

Lasst uns die solidarische Stadt erkämpfen!

Lasst uns die Stadt der Reichen verhindern!

Auf geht's! Ab geht's! Unfug bleibt!

Redebeitrag von Unfug 2

Liebe Unterstützer*innen,

Ich lebe mit meinem Partner und meinem 10 Monate alten Sohn in einem Bauwagen bei Unfug. Den Bauwagen haben wir so umgebaut dass er perfekt für unsere Bedürfnisse als kleine Familie passt. Es gibt jeden Tag viel zu tun aber wir fühlen uns dort sehr wohl.

Als der Brief am 13. Mai ankam war ich geschockt. Ich wusste, die Lage ist angespannt aber ich hatte immer noch auf eine Einigung, eine Duldung oder einen Kompromiss mit der Stadt gehofft. Die Unsicherheit und das in der Luft hängen all die Monate war besonders für uns als junge Familie schon schlimm genug und dann auch noch der Räumungsbescheid.

Nach so einem langen Kampf und Verhandlungen sollen wir bis Juli aus den Wägen raus. Alle 10 Erwachsenen Bewohner*innen sowie Unfug e.V. und die Unfug-Verwaltung GmbH haben diese Anordnungen erhalten. Die Nutzung der Bauwagen als Wohnraum wird zum 1.7.2020 untersagt. Bei Verstoß ist pro Wagen und Monate ein hohes Zwangsgeld fällig. Der Bescheid enthält auch die Drohung der kostenpflichtigen Räumung der Bauwagen.

Als Grund für die unverzügliche Räumung wird Bandschutz vorgebracht, obwohl unsere Öfen vom Schornsteinfeger abgenommen sind, und unsere Bauwagen die nötigen Mindestabstände einhalten. Wir sehen die Begründung der Brandgefahr als völlig an den Haaren herbeigezogen und sind uns sicher, dass es nur darum geht ein politisches Projekt zu zerstören. Dass dabei Einzelschicksale auf dem Spiel stehen und Familien ihr Zuhause verlieren scheint völlig egal.

Wir sind nämlich nicht die einzige Familie bei Unfug. Ein Kleinkind und ein wenige Monate altes Baby wohnen auch mit bei uns. Durch das Leben im Bauwagen haben wir als junge Familie den Rückzugsraum den wir brauchen und können trotzdem mit unseren Freunden in Gemeinschaft leben. Denn gerade für uns Familien ist der halt in der Gemeinschaft wichtig, wir unterstützen uns gegenseitig und lernen viel voneinander.

Ich bin einfach fassungslos und verzweifelt. Seit diesem 13. Mai kann ich an nichts anderes mehr denken und frage mich, wo wir denn jetzt hin sollen. Wer den Wohnungsmarkt in Lüneburg kennt, weiß, dass man nicht mal eben auf imoscout.de sucht und 2 Wochen später eine – vor allem bezahlbare - Wohnung für eine kleine Familie gefunden hat. Erstrecht nicht, wenn man gerade noch im Studium ist und keine finanziellen Sicherheiten vorweisen kann.

Wir stören niemanden, wir schaden niemandem - warum dürfen wir denn nicht einfach so leben wie wir wollen? Unser Grundstück direkt am Wald mit großem Garten und Haus, in dem sich Gemeinschaftsräumen und Sanitäreanlagen befinden, haben wir gemeinsam gekauft. Jung und Alt wohnen inklusiv zusammen und setzen sich gemeinsam für ihre Überzeugungen und Werte ein - ich kann mir für meinen Sohn keine besseren Vorbilder und keine schönere Umgebung zum aufwachsen vorstellen.

In diesem Sinne: Unfug bleibt - Mit Bauwagen!

Redebeitrag von „Mehr Leben“

Mehr Leben

Wohnprojekte Lüneburg e.V.
Brockwinkler Weg 72b
21339 Lüneburg
www.mehr-leben-wohnprojekte.org
mehrleben@posteo.de



Lüneburg, 28.05.20

Redebeitrag für Akt onstag Unfug 30.05.20

Liebe Menschen des Wohnprojekts,
Wir von Mehr Leben, dem Dachverband für gemeinschaftliches Wohnen in und um Lüneburg, sind bestürzt von der existenziellen Not, der Ihr aktuell ausgesetzt seid.

Eurer Projekt Unfug ist ein großartiges Beispiel für wertvolles zivilgesellschaftliches Engagement. In Zeiten von allgemeiner Wohnraumknappheit und steigenden Mieten habt Ihr in Eigeninitiative einen barrierefreien Ort geschaffen, an dem stattdessen zwei nun zehn Menschen wohnen. Mit dem Kauf des Geländes habt Ihr unternehmerisches Risiko auf Euch genommen, Kredite aufgenommen und einen Verein und eine GmbH gegründet. Zudem ist durch das Modell des Mietshäuser Syndikats gewährleistet, dass Euer Haus und Eure Wägen niemals wieder privatisiert werden. Sie werden für immer Gemeinschaftseigentum bleiben und stets den Menschen gehören, die dort wohnen. Daher werden sie nie wieder der Spekulation von Wohnraum ausgesetzt sein. Wir als Dachverband für gemeinschaftliches Wohnen sind stolz darauf, Euch zu unseren Mitgliedern zählen zu dürfen.

Doch ein kleines Versäumnis Eurerseits wird Euch nun zum Verhängnis gemacht: Unglücklicherweise habt Ihr vor dem Kauf die fehlerhaften baurechtlichen Angaben der Vorbesitzerin nicht noch einmal geprüft. So habt Ihr das Gelände gekauft, ohne Euch der baurechtlichen Besonderheit des Grundstücks gewahr zu sein: Obwohl es innerhalb des Stadtgebietes ist, gilt es baurechtlich als Außenbereich und somit als unbebaubar. Diese rechtliche Lage ist nicht mit gesundem Menschenverstand, sondern nur historisch zu erklären. Auf Grund dieses Details sollen nun keine Bauwägen auf Eurem Gelände stehen dürfen. Es ist bitter, dass ein kleines Versäumnis nun zum Verhängnis gemacht wird. Es ist uns unverständlich, dass die Lokalpolitik nicht den vorhandenen baurechtlichen Ermessensspielraum zu Euren Gunsten nutzt, sondern darauf beharrt, dass das Aufstellen der Bauwägen rechtlich nicht möglich ist.

Ist der Lokalpolitik klar, dass Sie Euch auf diese Weise in existenzielle Not stürzen? Die Bauwägen ermöglichen flexible Wohnformen und senken das Mietniveau Eures Projekts. Es erscheint fraglich, ob Euer Finanzkonzept ohne Bauwagen funktionieren kann. Insofern steht mit den Bauwägen auch das gesamte Projekt Unfug in Frage.

Daher fordern wir die Ratsfraktionen und den Bürgermeister auf, die Verhandlungen mit Unfug fortzusetzen und nach gangbaren rechtlichen Möglichkeiten zu suchen, das Aufstellen der Bauwägen zu ermöglichen. Zivilgesellschaftliches Engagement verdient Unterstützung und Kulanz. Gemeinschaftliche Wohnformen sind wertvoll für eine lebenswerte Stadt. In diesem Sinne: Unfug bleibt!

Solidarität mit der Fährstrasse in Hamburg, diese PM wurde auf der Kundgebung vorgetragen

PRESSEMITTEILUNG

Hamburg, den 06.05.2020

Im Streit um das Wohnprojekt Fährstraße 115 verstrickt sich die Stadt in Widersprüche

Die Pläne der Bewohner*innen des Wohnprojekts Fährstraße 115, ihr Haus gemeinsam mit dem Mietshäuser Syndikat zu kaufen, sind vorläufig gescheitert: Die Stadt hat am 9. April 2020 beschlossen, ihr Vorkaufsrecht auszuüben und plant, das Gebäude abzureißen. Formal wird dies mit Hochwasserschutzbelangen begründet – der Hochwasserschutz kann objektiv allerdings auch ohne den Abriss des Gebäudes gesichert werden. Damit geht der Streit um die städtischen Pläne in die nächste Runde. Bislang haben sich mehrere tausend Menschen mit den Plänen der Bewohner*innen, langfristig günstige Mieten und das kulturelle Angebot des Wohnprojekts zu sichern, solidarisiert.

Nun liegt der Ausübungsbescheid vor, mit dem die Stadt den Anspruch auf ihr Vorkaufsrecht begründet. Die Bewohner*innen zweifeln an dessen Rechtmäßigkeit und haben über ihren Anwalt Martin Klingner Widerspruch dagegen eingelegt.

In dem Bescheid beruft sich die Stadt maßgeblich auf einen Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 1995. Eben dieser Planfeststellungsbeschluss schien zunächst jedoch nicht auffindbar. Die Bewohner*innen wurden seit Mitte März von Behörde zu Behörde verwiesen und konnten diesen Beschluss erst vor wenigen Tagen einsehen. Während die Stadt ihr Vorkaufsrecht u.a. damit begründet, dass das Gebäude unmittelbar an den Böschungsfuß eines Deichs angrenzt, zeigen diese Pläne deutlich, dass eben dieser Böschungsfuß sich etwa 25 Meter entfernt befindet: Auf der gegenüberliegenden Seite einer stark befahrenen Straße, die zwischen Deich und Wohnprojekt liegt!

Auch die bisherige Kommunikation der Stadt erscheint den Bewohner*innen mit Blick auf die inhaltlichen Formulierungen des Bescheids äußerst widersprüchlich. Dazu eine Bewohnerin:

Während uns recht schmeichelhafte Zugeständnisse vom Erhalt der derzeitigen Miethöhe bis hin zu dem Angebot eines Ersatzprojektes gemacht wurden, liest sich dies im Bescheid anders. Es wird uns lediglich zugesichert, uns bei der „Ersatzwohnraumsuche“ zu unterstützen. Unberücksichtigt bleiben z.B. der günstige Kaufpreis oder eine feste Rückkaufoption, falls das Gebäude doch nicht für die Deicherhöhung benötigt werden sollte. Wir haben 13 Jahre viel Zeit und Arbeit in den Erhalt des Hauses investiert. Deshalb ist uns der derzeitige Besitzer mit seinem Angebot sehr entgegengekommen. Unser Ziel war es, hier in Wilhelmsburg dauerhaft günstigen Wohnraum mit 8 € Kaltmiete pro m zu sichern und den Stadtteil langfristig aktiv mitzugestalten. Dieses Vorhaben ist nun akut gefährdet.

In den kommenden Jahren steht eine weiträumige Erhöhung der Hamburger Deiche an. Konkrete Pläne, wie dieses Vorhaben auf Höhe der Fährstraße umgesetzt werden soll, liegen bisher allerdings nicht vor. Die Bewohner*innen fordern, Deichbaumaßnahmen zu prüfen, die gleichzeitig den langfristigen Erhalt des Wohnprojekts und den der ebenfalls betroffenen Nachbarhäuser sicherstellen. An anderer Stelle wurden solche Vorhaben bereits realisiert. Die Bewohner*innen der Fährstraße haben solche Varianten mit Bauingenieuren diskutiert und mehrere Vorschläge gemacht, wie eine kostengünstige Erhöhung des Deichs ohne Abriss des Gebäudebestands aussehen kann. Inwieweit die Forderungen der Bewohner*innen allerdings Gehör finden, bleibt zum jetzigen Zeitpunkt fraglich. Letztlich ist es auch eine Frage des politischen Willens. Hierzu ein Hausbewohner:

An den Landungsbrücken kann eine Hochwasserschutzanlage mit Tiefgarage, Cafés und Sitzbänken ausgestattet werden. Und hier ist es noch nicht einmal möglich, eine kostengünstige Stahlkonstruktion zu prüfen, die unser Wohnprojekt, d.h. ein Zuhause für 16 Menschen und einen etablierten Ort im Viertel, sichert?! Rot-Grün muss sich klar für die Vereinbarkeit von bezahlbarem, sozialem Wohnraum und Hochwasserschutz aussprechen!

Weitere Informationen: <https://115bleibt.blackblogs.org/>

Kontakt: die115@gmx.de

Redebeitrag von Unfug 3

Inklusiven Wohnraum schaffen!

Als Bewohnerin für Unfug ist mir das Wohnprojekt ans Herz gewachsen. Inklusiver, barrierearmer Wohnraum ist in Lüneburg knapp und teuer. Barrierefreiheit in Kombination mit tollen politisch aktiven Bewohner*innen noch seltener anzutreffen. Wir haben das Haus gemeinsam barrierearm gestaltet, so dass ich mit meinem Rollstuhl überall hinkomme, wo ich es nötig habe. Hilfsmittel die die Krankenkasse nicht bezahlt haben wir solidarisch finanziert.

Ich wohne nicht im Bauwagen, sondern in einem Zimmer bei Unfug. Die Wegnahme der Bauwagen würde aber ein Aus für das Wohnprojekt in seiner aktuellen Gestaltung bedeuten. Die fehlende Miete für die als Zimmer genutzten Bauwagen würden den Wohnraum erheblich verteuern. Liebe Mitbewohner*innen würden wegziehen müssen, die Vielfalt unseres Wohnprojektes würde erheblich darunter leiden. Ich weiß nicht, ob es bestehen bleiben könnte.

Das ist aber genau diese Vielfalt, die aus Unfug ein inklusives Wohnprojekt macht. Vielfalt des politischen Engagements, Vielfalt der Lebensentwürfe, Vielfalt der Lebensformen, Gegenseitige Unterstützung.

Ich leide unter einer chronischen Krankheit und benötige Unterstützung im Alltag. Das nennt man „Pflege“. Ihr habt sicherlich vom „Pflegetotstand“ gehört?! Ist es nicht absurd, dass in Zeiten von Pflegenotsandes und Massen-Corona-infektionen in Pflegeeinrichtungen, die Stadt Lüneburg ein Wohnprojekt mit selbst organisierter Pflege zerschlagen will? Ich bekomme die Hilfe, die ich benötige, weil ich zahlreiche Mitbewohner*innen habe und zugleich eine barrierearme bezahlbare Wohnung. Ohne Unfug wäre ich auf Sozialhilfe zur Finanzierung eines professionellen Pflegedienstes angewiesen oder müsste in ein Behindertenheim ziehen. Der OB Mädge hätte es gerne so, koste was es wolle. Nach seiner Vorstellung von „Wohnprojekt“ sollen die Menschen je nach Eigenschaften aufgeteilt werden. Bauwagenbewohner*innen mit ausschließlich Wagenbewohner*innen, behinderte Menschen mit anderen Behinderten ins Heim. Die behindertenfeindliche Politik wird auch auf Bundesebene betrieben, Gesundheitsminister Jens Spahn will mit der Regierung ein

Gesetz verabschieden, das künstlich beatmete Menschen zwingt, in Heimen zu leben. Viele Betroffene sagen, dass sie lieber sterben, statt einsam fremdbestimmt weit weg von ihrem sozialen Umfeld zu leben.

Diese Politik ist das Gegenteil von Inklusion und Teilhabe! Ich will selbst entscheiden können und dürfen mit wem ich zusammenlebe! Ich will selbstbestimmt leben. Ja auch mit einer Behinderung geht das. Zum Beispiel bei Unfug.

In diesem Sinne: Unfug bleibt! Linke inklusive Freiräume verteidigen!

Hintergrundinformationen

Zusammengefasste Informationen über die Gründung und Verwirklichung von Unfug und den Konflikt mit der Stadt Lüneburg

Anfänge

Im Jahre 2017 gründete sich eine Gruppe politisch aktiver Menschen mit dem Ziel, ein politisches Wohnprojekt nach dem Konzept des Mietshäusersyndikats aufzubauen. Im Kern zielen Wohnprojekte des Mietshäusersyndikats darauf, Wohnraum der Markt- und Profitlogik zu entziehen. Weitere Infos zum Konzept finden sich hier: <https://www.syndikat.org/de/>.

Bei einem Treffen entschieden wir uns für den Namen Unfug. Unfug steht für unabhängig, frei und gemeinsam wohnen. Es deutet aber auch auf das Verständnis der politisch Aktiven, die oft ungewöhnliche Wege gehen, um ihren Protest zu zeigen. Wir machen gerne Unfug.

Im ersten Jahr nach der Gruppengründung standen die interne Verständigung über das zukünftige Zusammenleben, Regeln, usw., aber auch die Suche nach einem geeigneten Haus auf der Agenda. Wir haben uns schnell verständigt, dass das gesuchte Haus ein großes Grundstück braucht, damit wir auch unsere Bauwagen nutzen können. Die Gruppe hatte von Anfang an Menschen dabei, die in Bauwagen lebten und auch so weiterhin wohnen wollen. Zudem ist es von Anfang an unser erklärtes Ziel gewesen, einen linken Freiraum zu schaffen.

Hauskauf

Ende 2017 konnten wir das Haus mit einem Grundstück von ca. 2300 qm² erwerben. Die Kosten inklusive Kaufnebenkosten betragen knapp über eine halbe Million Euro. Die Finanzierung ist durch private Direktkredite, einen Kredit der GLS-Bank und einen Kredit der Bewegungstiftung möglich. Mit unseren Mieten zahlen wir die Zinsen und die Kredite ab. Wir versuchen, die Durchschnitts miete niedrig zu halten. Unsere Miete und die Kosten fürs Zusammenleben wie Lebensmittel zahlen wir solidarisch.

Einzug

Anfang 2018 sind alle Mitbewohner*innen eingezogen. Wir waren am Anfang neun Erwachsene und ein kleines Kind. Wir haben einen Plan für die Renovierung des Nebengebäudes erstellt und gemeinsam mit einer Architektin einen Bauantrag für den Ausbau unseres Dachgeschosses gestellt. Hätte die Stadt Lüneburg uns nicht massiv ausgebremst, hätten wir ohne zusätzliche Flächenversiegelung Platz für bis zu 13 Personen geschaffen, wo zuvor nur 2 Menschen lebten.

Renovierungsarbeiten und... Baustopp

Mitte 2018 haben wir mit der Renovierung des Nebengebäudes begonnen. Zudem kamen nach und nach sechs Bauwägen auf das Gelände und wurden belebt. Während wir das Nebengebäude renovierten, bekamen wir Besuche vom Bauamt, das uns ohne weitere Erklärung einen mündlichen Baustopp anordnete, womit wir das Gebäude vorerst weder weiter ausbauen, noch bewohnen konnten.

Absurd ist das ganze deshalb, weil es um ein Gebäude geht, das die Stadt selbst als Wohnraum vor ca. 20 Jahren an Privat verkauft hat. Kaum hat ein Linkes Wohnprojekt das Grundstück erworben, fällt ihr ein, dass ebenjenes Gebäude nicht zum Wohnen genutzt und auch nicht ohne Bauantrag renoviert werden dürfe und deshalb ein Baustopp zu verhängen sei. Wir wurden aufgefordert, einen Bauantrag zu stellen und mussten entsprechend die Kosten dafür tragen. Die Entscheidung darüber ließ dann fast ein halbes Jahr auf sich warten.

Erst im Mai 2020 haben wir einen Duldungsbescheid erhalten, der uns den Weiterbau des Nebengebäudes ermöglicht. Die Baugenehmigung wurde uns jedoch abstruser Weise verweigert. Wir dürfen nun endlich fertig renovieren. Der Bescheid enthält Auflagen, wie zum Beispiel Ausgleichspflanzungen für ... durch die Stadt selbst vor Jahren versiegelte Fläche!

Wir, unser Architekt und unser Anwalt mussten ca. eineinhalb Jahre permanent beim Bauamt nachfragen, wie es mit dem Nebengebäude weitergeht. Wir wurden immer wieder getröstet. Dies ist ein Ausdruck der Hinhaltestrategie der Stadt, die uns auch finanzielle

zermürben möchte. Da wir das Nebengebäude nicht bewohnen konnten, fehlen uns entsprechende Mieteinnahmen, die wir kompensieren müssen. Die Genehmigungen für Großprojekte gehen deutlich schneller voran.

Barrierefreiheit

Neben der Einrichtung des Nebengebäudes und des Aufstellens der Bauwägen haben wir direkt angefangen unseren Wohnraum barrierearm zu gestalten um auch unseren eigenen inklusiven Konzepten gerecht zu werden. Im Wohnprojekt wohnt eine Person mit Rollstuhl. Wir haben eine Rampe, einen kleinen Weg uvm. mehr gebaut, um unseren inklusiven Zielen näher zu kommen. Die Kosten für Hilfsmittel, die weder Krankenkasse noch Pflegekasse übernehmen, haben wir gemeinschaftlich übernommen. Wir haben dringend benötigten kostengünstigen barrierearmen Wohnraum geschaffen.

Einige Tage nach dem Baustopp für das Nebengebäude haben wir den Kontakt mit der Politik gesucht. Wir haben OBM Mädge kontaktiert und mit ihm das Gespräch gesucht. Es kam im Juni 2019 zu einem Treffen, das jedoch kein Austausch, sondern die Ankündigung von OBM Mädge war, dass er das Projekt bekämpfen wird.

Verhandlungen mit der Politik

Nach dieser Kampfansage des OBM sind wir auf alle demokratischen Fraktionen des Stadtrates zugegangen. Wir haben von Sommer 2019 bis Januar 2020 mit jeder Fraktion (außer der AfD) einzeln gesprochen und wir haben sie gemeinsam an einen Tisch geholt. Alle Fraktionen begrüßten anfangs unser Vorhaben und bestätigten, dass der Konflikt in erster Linie ein politischer ist. Wir sind dem OBM ein Dorn im Auge. Und er möchte uns los werden. In diesen Gesprächen wurde offen darüber gesprochen. Wir haben die ganze Zeit über Kompromissbereitschaft signalisiert und haben ergebnisoffen darüber diskutieren wollen, wie wir unser Projekt umgestalten sollen um den Zuspruch der Fraktionen zu gewinnen. Wir haben über ein halbes Jahr lang viel Zeit in die Gespräche investiert. Auch weil positive und zustimmende Signale gesendet wurden.

Diese positiven Signale übersetzten die Fraktionen aber nicht in die reale Politik. Ganz im Gegenteil.

Wir haben die notwendigen baurechtlichen Schritte eingeleitet und einen Antrag gestellt. Da unser Grundstück sich im Außenbereich befindet – was wir beim Kauf nicht wussten-, wollten wir einen Antrag auf einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan stellen, um eine Änderung des Flächennutzungsplans zu erreichen. Eine Änderung, die die Stadt bereits vor ca. 20 Jahren hätte in die Wege leiten sollen, als das Grundstück samt *Wohnhaus* an privat verkaufte. Das Grundstück befindet sich laut Flächennutzungsplan offiziell im Außenbereich und ist eine Grünfläche des Friedhofs. Das ist anachronistisch. Wir befinden uns in der Stadt – die Hochhäuser von Kaltenmoor stehen uns gegenüber, Bülow's Kamp ist wenige Hundert Meter entfernt – und das Grundstück wurde vor vielen Jahren vom Friedhof getrennt. Die Änderung des Flächennutzungsplans wäre eine zeitgemäße Anpassung gewesen...

Ohne, dass die Verwaltung uns angehört hatte, wurde unser Antrag im nicht-öffentlichen Teil des Verwaltungsausschusses abgewiesen. Nur DIE LINKE und die Grünen hielten ihre Versprechen und unterstützten unser Projekt weiterhin. Zudem wurde ein Gutachten der LINKEN, welches bestätigt, dass Unfug mit dem Baurecht vereinbar ist, komplett ignoriert. Der OBM bezog sich in seinen Reden auf ein anderes Gutachten, welches zu diesem Zeitpunkt aber niemand gesehen hatte und das uns bisher nicht zur Einsicht vorliegt. Das Verhalten der Fraktionen haben wir als Betrug empfunden und haben beschlossen unseren Protest in die nächste Sitzung des Rates zu tragen.

Ende Februar 2020 besuchte Unfug die Ratssitzung um sich Gehör zu verschaffen. Wenn wir nicht gehört, mit rechtlichen Mitteln bekämpft und von der SPD, FDP und CDU offen betrogen werden, müssen wir andere Wege wählen. In der Ratssitzung haben wir unsere Wut und Enttäuschung zum Ausdruck gebracht. Von der Stadtpolitik erhoffen wir uns unter diesem Bürgermeister nichts mehr.

Vernetzung und Solidarität

Wir intensivieren jetzt unsere Bündnisarbeit und sind selbst erstaunt, wie viel Solidarität wir erfahren. Laut Stadt sollen wir bis zum Ersten Juli 2020 unsere Bauwägen räumen. Trotz Corona, trotz rechtlich komplexer Sachlage und obwohl der Wohnungsmarkt in Lüneburg kaum günstigen Wohnraum bietet, riskiert die Stadt unsere Obdachlosigkeit. Das ist baurechtlich nicht legitimierbar und unterstreicht den politischen Charakter unseres Falles.

Der OBM und große Teile der Stadtpolitik bekämpfen Unfug, weil wir ein linkes und aktives Projekt sind.

Juristische Auseinandersetzung

Konkret haben die 10 Erwachsenen Bewohner*innen sowie Unfug e.V. und die Unfug-Verwaltung GmbH Bescheide mit Anordnungen erhalten. Die Nutzung der Bauwagen als Wohnraum wird zum 1.7.2020 untersagt. Bei Verstoß ist pro Wagen und Monate ein hohes Zwangsgeld fällig. Der Bescheid enthält auch die Drohung der kostenpflichtigen Räumung der Bauwagen.

Unser Bauantrag für die Bauwagen als „Wohnraumergänzung“ wurde innerhalb weniger Tage abgelehnt. Obwohl auch wenn das Grundstück offiziell „Außenbereich“ bleibt, dort Ausnahmen möglich sind. Möglich wäre zumindest eine Duldung wie im Falle des Nebengebäudes. Wir haben die Bauwagen umgestellt und halten die im Außenbereich geltenden Abstandsregelungen ein. Die Stadt war aber nicht zu einer Abwägung bereit.

Wir wehren uns juristisch dagegen, um am 1.7.2020 nicht wohnungslos zu sein.

Da die Stadt die sofortige Vollziehung der Bescheide angeordnet hat, müssen wir neben den Widersprüchen gegen die Bescheide an die Stadt Eilanträge beim Verwaltungsgericht Gericht stellen. Wir hoffen auf eine Wiederherstellung der Aufschiebenden Wirkung. Das würde bedeuten, dass die Bauwagen weiter genutzt werden können, solange der Rechtsstreit mit der Stadt andauert. Sofortvollziehung ist nur bei dringenden Gefahren gerechtfertigt. Wir stören und gefährden niemanden hier. Die Stadt argumentiert damit, dass Brandgefahr herrsche (und lässt unerwähnt, dass unsere Öfen vom Schornsteinfeger wie jeder Ofen in einem Wohnhaus abgenommen sind!) und dass die Bäume vom benachbarten Wald auf uns Fallen könnten. Das ist Absurd und vorgeschoben um Unfug zu bekämpfen.

Der Rechtsstreit bringt leider ein großes Kostenrisiko mit sich. Wir haben einen Spendenaufruf gestartet, um weiter kämpfen zu können. So macht die Stadt an sich bezahlbaren Wohnraum teuer oder zerstört ihn.